

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934**

135 (13.6.1934)

# Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3600 V.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hittlerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10101. Verantwortlich für den Gesamthalt: L. Dups, Durlach.



Anzeigeberechnung: Die 6spaltige Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Kellamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigennahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Plakatschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezogener keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 135

Mittwoch, den 13. Juni 1934

105. Jahrgang

## Kurze Tagesübersicht

Der deutsche Botschafter in Madrid hat eine Protestnote überreicht und Genugtuung für den Ueberfall auf die deutsche Kolonie gefordert.

Reichsminister Dr. Götters wird am Mittwoch in Warschau eintreffen, um abends einen Vortrag zu halten.

Englische Zeitungen berichten, daß die britische Regierung innerhalb der nächsten Jahre 50 neue Aufgeschwader bauen werde.

In Berlin begann der neue Horst-Wessel-Prozess. Der Prozess gegen Dr. Gerete wurde mit der Vernehmung des Obersten von Hindenburg als Zeuge weitergeführt.

## Deutscher Protestschritt in Madrid

Madrid, 12. Juni. Der deutsche Botschafter in Madrid hat am Dienstag mit dem spanischen Unterstaatssekretär im Außenministerium — der stellvertretende Außenminister befindet sich bei den Flottenmanövern — eine Protestnote überreicht und Genugtuung für den Ueberfall auf die deutsche Kolonie gefordert. Der Unterstaatssekretär brachte sofort das Bedauern der spanischen Regierung sowie sein eigenes über den Vorfall zum Ausdruck. Wie verlautet, ist in diesem Zusammenhang auch von einer Aktion gegen die bürgerliche und marxistische Presse gesprochen worden, die gerade jetzt wieder die Forderung auf Freilassung von Thalman zum Vorkommen nimmt. In geradezu unerhörter Weise Deutschland anzugreifen. Es ist anzunehmen, daß die von der Regierung verhängte Pressenzensur hier Gelegenheit geben wird, solche Auswüchse künftig zu unterbinden.

## Schulfrei am Staatsjugendtag nur für Mitglieder der HJ

DAK, Berlin, 12. Juni. Die NSK veröffentlicht eine Unterredung mit dem Reichsjugendführer Baldur v. Schirach über die Entstehung des Staatsjugendtages und die in seinem Rahmen beabsichtigten Maßnahmen. Dabei betonte Baldur von Schirach u. a., daß die Grundidee des Staatsjugendtages auf den Führer selbst zurückgehe, und wies darauf hin, daß nur die HJ, vom Unterricht am Staatsjugendtag befreit sein würde. Er befaßte sich dann eingehend mit der Frage der Ausdehnung des Staatsjugendtages auch auf die Jungarbeiter. Die HJ bestche zu 80 % aus Jungarbeitern, die den Staatsjugendtag auch körperlich am nötigsten habe. Die Reichsjugendführung sehe daher ihre Aufgabe darin, auch eine Ausdehnung des Staatsjugendtages auf alle Jugendlichen vom 10. bis 18. Lebensjahr hinzuwirken. Der Staatsjugendtag solle die deutsche Jugend von den Schulbänken und den Fabriken weg ins Freie führen. Er solle einen körperlichen Ausgleich schaffen und so nicht nur zur geistigen Erziehung, sondern auch zur körperlichen Gesunderhaltung der heranwachsenden Jugend dienen. Der Staatsjugendtag solle so ein Sport- und Wandertag werden. Außer dem Samstag, der voll der Arbeit der HJ zur Verfügung stehe, solle in Zukunft nur noch der Mittwochabend mit HJ-Dienst belegt werden. An diesem Abend würden die Heimabende der HJ abgehalten werden. Es sei geplant, diese Heimabende durch Rundfunkübertragung der Abteilungs-Rundfunk der Reichsjugendführungszentrale für das ganze Reich wöchentlich auszugestalten.

## Eine Rede von Reichsbischof Müller

Berlin, 12. Juni. Auf einer Kreisversammlung der Deutschen Christen in Berlin-Tegele gab der Reichsbischof auf die Frage „Was verlangt der nationalsozialistische Staat von der Kirche?“, die Pfarrer Lausch beantwortete, eine formulierte Antwort. In der er Ausführungen über den Begriff des positiven Christentums machte. In seiner Rede führte der Reichsbischof u. a. aus: Die Kirche kann dem Staat nur das geben, was sie nach ihrem inneren Wesen tatsächlich ist. Sie kann dem Staat nur geben, daß sie sich selber treu ist als eine Gemeinschaft von Menschen im positiven Christentum. Es ist hinreichend bekannt, daß die Bezeichnung positives Christentum durch das nationalsozialistische Parteiprogramm in die Erörterung gestellt ist. Wenn heute der Versuch unternommen wird, diesem Programmpunkt eine andere Auslegung zu verleihen, so teilt diese Kritiker nicht des Werdens und Wollens der kommenden Kirche, sondern vor ihrem Auge steht die Kirche von gestern. Der Reichsbischof wandte sich gegen die „Umdeutung des Paragraphen 24 des Parteiprogramms seitens der Neugeremanten“ und erklärte: Positives Christentum umfaßt für den Staatsmann zunächst nur die Form der christlichen Gemeinschaft, wie sie im Leben unseres Volkes vorhanden ist. Das sind die christlichen Kirchen beider Konfessionen als die organisierten christlichen Gemeinschaftsformen. Der Nationalsozialismus erkennt damit nicht nur aus politischen Gründen und um einer Kulturkampf zu vermeiden, das Christentum an, sondern er bekennt sich selbst zu diesem Volk und zu der Quelle seiner religiösen und moralischen Kräfte.

## Unruheherd Oesterreich

### Die Schuld des Dollfuß-Regimes

Die Nachrichten, die aus Oesterreich vorliegen, spiegeln deutlich die ernste Lage, in die dieses Land durch die Politik des Herrn Dollfuß gekommen ist. Bahnpflegungen, die zwei Hauptstrecken, die Semmeringbahn und die Westbahn, unterbrechen, gewalttätige Beschädigungen auch auf der Touristenstrecke der Wachaubahn, Anschläge auf die Landungsbrücken der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Sprengungen im Kraftwerk des Arlbergs, dazu ein Bombenfund im Bundeskanzleramt. Und das alles, nachdem schon vorher dauernd mehr oder weniger ernsthafte Anschläge auf öffentliche Gebäude und Verlehrsrichtungen unternommen worden waren.

Die Täterschaft ist noch durchaus unaufgeklärt. Gleichviel aber, wenn diese beklagenswerten Taten zur Last gelegt werden müssen, sie sind auf jeden Fall ein Zeichen dafür, daß eine tiefgreifende und breiteste Volksstimmung erfassende Unzufriedenheit mit dem staatlichen Regime besteht, die durch solche Gewaltakte ihre protestierende Haltung vor aller Welt kundtut. Niemand wird diese Taten verteidigen. Aber indem man sie verurteilt, rechtfertigt man nicht diejenigen, die mit ihrer Politik die Stimmung auslösten, aus denen sie erwachsen. Herr Dollfuß versucht, von der schmalen Basis aus die ihm eine kleine, in ihrer Abgrenzung nicht einmal sicher zu bestimmende Gefolgschaft bietet, ein Regiment gegen den offenen Willen der Volksmehrheit zu führen und durch gesetzgeberische Maßnahmen zu fundieren. Das ist in der Weltgeschichte immer ein auf die Dauer unmögliches Unterfangen gewesen, und es wird auch heute nicht glücken, nachdem die Völker durch eine 1 1/2 Jahrhunderte umfassende Entwicklung aufgewacht sind. Die Regierung Dollfuß hat den Nationalsozialismus, der in Oesterreich eigentlich zum ersten Male den Namen einer wirklichen Volksbewegung über alle trennenden Schranken von Konfession, Beruf und sozialer Stellung hinaus verdient, diffamiert und von jedem Einfluß auf die Staatsgeschichte ausgeschlossen, obwohl in seinen Reihen die tatkräftige und zukunftswillige Jugend des Volkes steht. Und sie hat im Februar die Kräfte, auf die der österreichische Staat seine Existenz länger als ein Jahrzehnt aufgebaut hatte, auszurufen lassen, als sie mit Kanonen und Maschinengewehren die marxistischen Hochburgen der Wiener Vorstädte in Trümmern legte. Dieser Kanaker einer kleiner Minderheit, dessen Herrschaft nicht einmal getragen wird von einer Idee, der vor den Augen der Welt immer mehr als der verweissungsvoll und seine sozialistischen Genossen Stellung kämpfende erscheint, hat das politisch unklügliche und Unmögliche gewagt, sich die zahlenmäßig immer noch nicht ganz bedeutungslosen Vertreter der Vergangenheit und gleichzeitig die die Massen mit fortwährenden Banntrügeln der Zukunft zu unveröhnlichen Feinden zu machen. Auf beiden Seiten stehen politische Ideen, Ideen, die in dem einen Falle unfruchtbar geworden sind, immerhin aber gewisse Bevölkerungsteile noch erfüllen, wenn auch vielleicht aus keinem anderen Grunde als deshalb, weil man den Weg zu den neuen Gedanken der Zeit noch nicht gefunden hat. Auf der anderen Seite aber Ideen von ungeheurer motorischer Kraft. Auf jeden Fall beides geistig untermauerte Bewegungen. Man kann sie nicht mit der Politik der geballten Faust perchteln wollen, am allerwenigsten wenn man ihnen nichts Geistiges entgegenzustellen hat.

Was in Oesterreich geschieht, ist die sozusagen instinktmäßige Reaktion auf die Politik des Polizeinüppels und des Maschinengewehrs. Herr Dollfuß scheint am Ende seines Lateins zu sein und nicht mehr zu wissen, was er nunmehr mit den eigenen ihm in den Händen wealwindenden

Kräften tun könnte, um die Gestir, die seine wahnwitzige innere Politik heraufbeschworen hat, zu bannen. Er soll internationale diplomatische Schritte planen. Das kann nur heißen, er will das Ausland gegen die Mehrheit des eigenen Volkes zu Hilfe rufen. Ist er das wirklich, so würde er damit seiner eigenen Stellung den letzten schwachen moralischen Halt, den sie jetzt vielleicht noch hat, rauben. Der Gedanke ist an sich so ungeheuerlich, daß man daran zweifeln möchte, ob er ihn wirklich erwägt. Sollte sich aber eine fremde Macht finden, die geneigt wäre, dem Appell des Herrn Dollfuß Folge zu leisten und damit eine Rolle zu übernehmen, die im Zeichen des soviel gepriesenen Selbstbestimmungsrechts der Völker niemals zu beschönigen und zu rechtfertigen wäre, dann würde die Geschichte Herrn Dollfuß als den Totengräber der österreichischen Freiheit in ihren Tafeln registrieren.

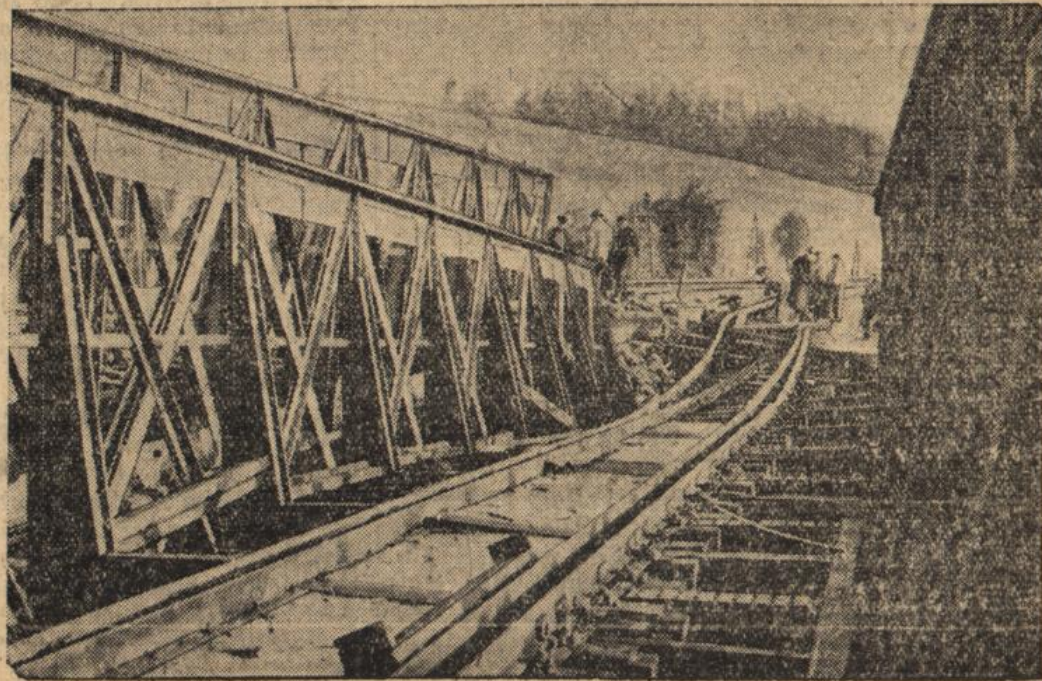
Die österreichische Regierung glaubt ja, sich im Ausland einige gute Freunde gefunden zu haben. Der beste Freundschaftsdiener, der ihr erwiesen werden könnte, wäre der, daß man ihr rät, sich der Entscheidung der Nation zu stellen und klar und offen eine unbeflügelte Bekundung des Volkswillens herbeizuführen. Will das österreichische Volk das Regime Dollfuß oder will es das nicht? Das ist die Frage, um die es heute in Oesterreich geht. Nur durch ihre Beantwortung kann der unerträgliche Zustand, den die Politik des Bundeskanzlers geschaffen hat, beseitigt werden, nicht aber durch neue polizeiliche Maßnahmen und Verfolgungen. Auch international besteht ein Interesse daran, daß diese Klärung herbeigeführt wird. In ihrer gegenwärtigen Situation kann Europa einen Unruheherd wie den durch die Schuld Dollfuß in Oesterreich entstandenen einfach nicht vertragen.

## Machlose Forderungen der oberösterreichischen Heimwehr

DAK, Wien, 12. Juni. Die oberösterreichischen Heimwehren treten mit einem Aufruf hervor, in dem an die Regierung folgende Forderungen gestellt werden:

1. Die Paragrafentreiberei hat aufzuhören und an deren Stelle hat das Volksgericht aller Vaterlandstreuen zu treten. Wir fordern sofortige Amnestierung der Angehörigen der Heimatwehren, des Schulkorps und der staatlichen Exzessive, gegen die ein gerichtliches Verfahren wegen Ehrenbeleidigung, leichter oder schwerer Körperverletzung oder anderer Tatbestände des Strafgesetzes, die durch provozierende Ereignisse herbeigeführt wurden, anhängig ist.
2. Während des gegenwärtigen Ausnahmezustandes und solange sich Anschläge gegen den Staat oder das Leben von vaterländischen Mitgliedern ereignen, ist die Zuständigkeit der Bezirksgerichte und des Gerichtshofes erster Instanz hinsichtlich dieser Uebertretungen, Verbrechen und Vergehen, die von Angehörigen der freiwilligen Wehrverbände und der staatlichen Exekutiv in Ausübung ihres Dienstes begangen werden, den Sicherheitsbehörden abzutreten, an welche Befugnisse zu erteilen sind, denen zufolge sie das freie Verfügungsrecht darüber haben, ob in den konkreten Fällen überhaupt mit einer Strafe vorzugehen ist oder ob die Anzeigen abzuweisen sind.
3. Sofortige Auflösung der deutschen Turnvereine, in denen nachweislich Nationalsozialisten ein- und ausgehen.
4. Der bisher im Lande Oberösterreich entstandene Sachschaden und der durch die Attentate der letzten Zeit zu erwartende Ausfall der Fremdenverkehrseinnahmen ist ebenso wie die

Die gesprengte Gleise der Wollmarktbahn



Kosten des erhöhten Sicherheitsapparates reiflos auf prominente, örtlich überall bekannte Persönlichkeiten staatsfeindlicher Gesinnung aufzutragen; im Falle der Uneinbringlichkeit des Betrages ist eine Zwangshypothek auf den Besitz zu legen.

**Ausdehnung des Standgerichtsverfahrens in Oesterreich**  
Wien, 12. Juni. Die Regierung veröffentlicht in der amtlichen „Wiener Zeitung“ ein Bundesgesetz über die Erweiterung des standgerichtlichen Verfahrens. Nach dieser Novelle werden Vorbereitungen zu Sprengstoffattentaten, die Verbindung zu solchen, selbst wenn die wirkliche Ausführung nicht vorgenommen wurde, ferner die Herstellung, Anschaffung, Bestimmung oder Verbreitung von Sprengstoffen mit der Absicht, ein Verbrechen zu begehen oder andere Personen mit diesen Mitteln auszustatten unter das Standrecht gestellt. Ferner werden neben dem Straflandesgericht Wien auch die Landesgerichte Graz und Innsbruck zu Standgerichten erhoben. Die Erweiterung des standgerichtlichen Verfahrens tritt sofort in Kraft. Unter die Zuständigkeit der Schnellgerichte soll nur eine beschränkte Anzahl von Verbrechen besonders gefährlichen Charakters fallen.

### Die neuen Maßnahmen der bulgarischen Regierung

DNB. Sofia, 12. Juni. Am 9 Uhr abends empfing Ministerpräsident Georgiew die bulgarische Presse und teilte ihr den Inhalt zweier Beschlüsse mit, die morgen oder spätestens übermorgen durch königliches Dekret in Kraft gesetzt werden. Die erste Verfügung ordnet die Auflösung aller Parteien, parteipolitischen Organisationen, Verbände und Bewegungen sowie ihrer Unterorganisationen an und verbietet ihnen jegliche Betätigung. Unter dieses Verbot fallen auch alle parteipolitischen Zeitungen, Zeitschriften und Sonderdruckausgaben. Die Neubildung oder Tarnung aufgelöster politischer Organisationen wird mit schwerem Kerker bis zu drei Jahren bestraft. Die Betätigung sowie die Teilnahme an parteipolitischen Versammlungen und Kundgebungen unterliegt schweren Kerkerstrafen.

Die zweite Verordnung betrifft eine Neuordnung der bulgarischen Presse in dem Sinne, daß in Zukunft keine Zeitung oder Zeitschrift mehr ohne Billigung der zuständigen Behörde erscheinen darf. Die bereits bestehenden und nicht unter das Parteiverbot fallenden Nachrichtenblätter haben innerhalb kürzester Frist die behördliche Genehmigung ihres Weitererscheinens einzuholen. Zeitungen, die dieser Anordnung nicht entsprechen, müssen ihr Erscheinen einstellen. Schriftleiter können in Zukunft nur mehr noch unbescholtene bulgarische Staatsbürger sein. Für Schriftleiter an Zeitungen ist ein Mindestalter von 30 Jahren und für Schriftleiter an Zeitschriften von 25 Jahren festgesetzt. Ausländern wird die Betätigung im Schriftleiterberuf nur mit ausdrücklicher Genehmigung erlaubt. Die unerlaubte Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften unterliegt einer Kerkerstrafe bis zu 3 Monaten und Beschlagnahme des Vermögens.

Diese beiden Beschlüsse bedeuten die endgültige Zertrümmerung der Parteiwirtschaft in Bulgarien und bedecken den festen Willen der Regierung zur Totalität. Besonders zu vermerken ist, daß auch die bolschewistische Bewegung unter das Verbot fällt und daß die Regierung zur Parteiauflösung schritt, ehe eine Verständigung mit Jankoff zustandekam. In Regierungskreisen wird indessen betont, daß zwischen dem jetzigen Regime und der Jankoff-Bewegung keinerlei weltanschauliche Gegensätze beständen und daß somit die Anhänger Jankoffs den Weg zum neuen Staat noch immer finden könnten.

Sämtliche politischen Parteien in Bulgarien aufgelöst.  
DNB. Sofia, 12. Juni. Die bulgarische Regierung hat mit sofortiger Wirkung sämtliche politischen Parteien aufgelöst.

### Die letzte Leiche aus dem „Merkur“-Wrack geborgen

DNB. Bremerhaven, 12. Juni. Im Laufe des Donnerstagnachmittags wurde die letzte Leiche, die Frau des Schiffstochs, dessen Leiche gleichfalls heute vormittag gefunden wurde, geborgen. Die Eheleute hatten sich beide zur Zeit des tragischen Unglücks im Logis des Vorderdeckes aufgehalten und so gemeinsam den Tod gefunden.

## Gladys kämpft um die goldene Schleife

Roman von Hedda Lindner.  
Copyright by Carl Duncker Verlag, Berlin W 62.  
(Nachdruck verboten)

„Na, jetzt geht's woll wieder“, sagte sie aufmunternd und streckte die Hand aus, um Gladys beim Einsteigen zu helfen.  
Gladys nahm die Hand mit festem Druck. „Wollen Sie mir, bitte, sagen, wo Sie wohnen?“  
„Nun nee, Frollein, das lassen Sie man, ich habe Ihn' gern geholfen, man is doch schließlich en Christenmensch.“  
„Auch wenn es keinen Gott gibt?“ fragte Gladys mit schattenhaftem Lächeln zurück.  
Die Frau wurde verlegen. „Ach, wissen Sie, so in der Not, da packt einen denn so, und da jagt man wohl mal was, was einem nich so gemeint is.“  
„Und wo wohnen Sie?“ fragte Gladys nochmals.  
„Wenn Sie's durchaus wissen wollen, Breitestraße fünf, übern' Hof drei Treppen — aber darum habe ich es nich getan.“  
„Das weiß ich“, sagte Gladys ernsthaft. „Sie waren gut zu mir, weil Sie an Ihr krankes Kind dachten. Leben Sie wohl.“  
Der Wagen glitt davon. Frau Ahrens sah verblüfft hinterher. „Weil ich ans Friedchen dachte“, murmelte sie, „mag schon sein, daß sie recht hat. Na, nu aber ran!“ Und hastig eilte sie weiter.  
Sie wußte noch nicht — wenigstens damals noch nicht, denn eine Woche später hatte sie es unter Lachen und Weinen schon begriffen — daß der liebe Gott, oder die Allmacht, oder das Schicksal — es ist ja so ungewisshaltig, welchen Namen wir Menschlein der unbekannten Größe über uns geben — ihr in diesem Augenblick das Leben ihres Kindes zum zweiten Male geschenkt hatte — weil ihre ein-

## Deutsch-französisches Austauschkonzert im Radio

Einleitende Worte von Staatssekretär Junt.  
DNB. Berlin, 12. Juni. Aus dem Funtraum des Deutschlandsenders wurde am Dienstag abend über den Deutschlandsender, den Reichsender Berlin und französische Sender das erste deutsch-französische Austauschkonzert gegeben, dem in nächster Zeit eine Sendung von einem französischen Sender folgen wird. Im ersten Konzert spielte das Philharmonische Orchester unter Leitung des Direktors der Pariser Oper, Henri Busser, als Solistin wirkte Jeanne Bonavia von der Pariser Oper mit.

Staatssekretär Junt vom Propagandaministerium eröffnete in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Reichs Rundfunkgesellschaft den deutsch-französischen Austausch im Radio. Er gab seiner großen Freude darüber Ausdruck, daß dieser Austausch zustande gekommen sei. Er begrüßte besonders Henri Busser, den er bereits beim ersten deutschen Komponistentag habe begrüßen können. Durch sein Erscheinen beim Komponistentag und durch seine Mitwirkung am heutigen Tage habe Busser seiner Verbundenheit mit dem deutschen Musikleben Ausdruck verliehen. Heute werde er das Philharmonische Orchester dirigieren, das erst kürzlich in Frankreich so überaus herzlich aufgenommen und so außerordentlich gefeiert worden sei. Bei der nächsten Veranstaltung würden deutsche Künstler in Paris im Radio zu Gehör kommen. Zweck dieser wechselseitigen Sendungen sei es, Verständnis für die Kultur des anderen Volkes zu wecken und die kulturellen Beziehungen der Völker zu vertiefen. Die nationalsozialistische Regierung wolle die Kunst wieder an das Volk und das Volk wieder an die Kunst bringen. Jede mächtige Kunst wurzele in dem Volkstum und je mächtiger das Volkstum sei, umso mächtiger werde auch die Kunst sein. In der Hoffnung, daß dieser wechselseitige Kunstaustausch befruchtend um Verständnis verband zum Segen der Kunst und der Beziehung beider Nationen sich auswirken werde, wünschte Staatssekretär Junt, dessen kurze Ansprache von dem im Senderraum befindlichen Zuhörern mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, den deutschen und den französischen Liebhabern vollen Erfolg.

Nach einer Uebersetzung seiner Ansprache ins Französische begann das Konzert, in dem ausschließlich französische Komponisten zu Gehör kamen.

### Eine Anordnung des Präsidenten der Reichsmusikammer

DNB. Berlin, 12. Juni. Der Präsident der Reichsmusikammer hat die Umgründung und Wiedererrichtung von Arbeitsgemeinschaften, Orchesterunternehmen und privater Unternehmungen von Berufsmusikern, deren Zweck in der Ausübung von Musikaufträgen oder eigener Veranstaltungen besteht, bis auf weiteres verboten.  
Bisher bestehende Unternehmungen sind bis zum 1. Juli 1934 zu schließen. Von der Schließung werden solche Unternehmungen nicht betroffen, welche bereits am 1. Januar 1934 unter ausschließlicher Leitung von Berufsmusikern bestanden haben, die dem Fachverband „Reichsmusikammer“ angehören und welche die für die Leitung solcher Unternehmungen erforderliche Zuverlässigkeit und Eignung besitzen.

### Abgelehnter Antrag auf Aufnahme in die Reichsmusikammer

DNB. Berlin, 12. Juni. Der Präsident der Reichsmusikammer gibt bekannt:  
Den Antrag des Orchesterdirektors Eichbaum-Modow Berlin, des bisherigen Leiters des sog. „Deutschen Tonkünstlerorchesters“, auf Aufnahme in die Reichsmusikammer habe ich aufgrund des § 10 der ersten Durchführungsverordnung zum Reichsmusikammergesetz abgelehnt.  
Aufgrund des § 35 der ersten Durchführungsverordnung zum Reichskulturkammergesetz vom 1. Nov. 1933 (RGBl. I S. 797) unterlage ich hiermit mit sofortiger Wirkung allen einem Fachverband der Reichsmusikammer angehörenden Personen die weitere Zugehörigkeit zu einem Unternehmen des Orchesterdirektors Eichbaum-Modow, auch wenn diese in Zukunft unter die Leitung einer anderen Person gestellt werden sollten.

### Der italienische Botschafter in Paris bei Barthou

DNB. Paris, 12. Juni. Der französische Außenminister Barthou empfing am Dienstag abend den italienischen Botschafter in Paris. Ueber den Gegenstand der Unterredung ist nichts verlautbart worden.

## Neuaufbau der deutschen Presse

Duisburg, 12. Juni. In der Hauptversammlung der Schriftleiter Rheinland-Westfalen entwickelte der Führer des Reichsverbandes der Deutschen Presse, Hauptmann a. D. Weis, die Richtlinien für den Neuaufbau der deutschen Presse. Er betonte u. a. einleitend, daß es unbeschadet der disziplinierten Einordnung eine wichtige Aufgabe der Provinz sein und bleiben werde, dafür zu sorgen, daß die Zeitungen außerhalb der Reichshauptstadt ihre heimatgebundene Sonderstellung bewahren. Es wäre ein Irrweg, zu verlangen, daß die Provinzpresse weiter nicht darstelle, als einen mehr oder weniger großen Abklatsch der Berliner Großstadtzeitungen. Die Zeitung, so erklärte der Redner weiter, ist nicht ein totes Produkt, sondern das Ergebnis der Geistesverfassung der Menschen, die sie machen, also der Schriftleiter. Bei den Menschen also müssen wir den Hebel ansetzen. Der deutsche Schriftleiter muß als Berufsstand neu organisiert und ausgefattet werden mit allen jenen moralischen Qualitäten, die er braucht, um als nützliches Glied der nationalen Gesellschaftsordnung im neuen Reich bestehen zu können.

Drei Aufgaben müssen erfüllt werden, um den neuen Berufstyp des deutschen Journalisten zu gestalten: Eine politische, eine organisatorische und eine erzieherische Aufgabe. Die politische Aufgabe ergibt sich eindeutig aus der Entwicklung des nationalsozialistischen Journalismus, bei dem Beruf, Gewinnung und politischer Kampf stets eine Einheit sind. Der deutsche Schriftleiter der Zukunft muß seinem ganzen Wesen nach Kämpfer sein für den neuen Staat. Wir legen den allerentscheidendsten Wert auf die persönlichen und politischen Charaktereigenschaften des deutschen Journalisten. Die Mittel und Wege zur Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen, unter denen ein kämpferisch eingestellter Journalistentyp groß werden kann, sind das Schriftleitergesetz, die Berufssliste und der Reichsverband der deutschen Presse. Der Reichsverband hat die schwere Aufgabe, überhaupt erst einmal eine neue Tradition für die deutsche Presse zu schaffen.

Für die Erziehungsaufgabe schließlich werden künftig Schriftleiter am Werk sein, die selbst mit dem Gedankengut des neuen Staates groß geworden und in ihm planmäßig ertragen worden sind. Wir wollen die junge Journalistengeneration einer planmäßigen, zentral geleiteten Schulung unterwerfen. Nicht ohne Absicht hat das Schriftleitergesetz das Mindestalter der Berufssliste auf 21 Jahre festgesetzt. Ueber die einjährige Berufsausbildung reicht nicht hin, das notwendige Maß an journalistischer Technik und Erfahrung zu vermitteln. Unser Ziel geht darauf hinaus, die geistlich verlangten Voraussetzungen zu ergänzen durch ein Erziehungssystem, das dem angehenden Journalisten, sowohl nach der politisch-charakterlichen, wie nach der journalistisch-technischen Seite wesentliche Grundlagen seiner Arbeit vermittelt. Es wird daran gedacht, vor oder während der Volontärsausbildung den Nachwuchses seiner einjährigen Ausbildung bei der HJ, bei der SA oder beim Arbeitsdienst zu verlangen. Nach dem Volontärsjahr muß der Volontär etwa ein Vierteljahr auf die Schule. Wir beschäftigen, zunächst diese Schule in Berlin einzurichten und hoffen, mit dem ersten Schulungskursus im Herbst dieses Jahres beginnen zu können. Das Ergebnis des ersten Schulungskurses soll zeigen, in welcher Form der weitere Aufbau erfolgen soll und ob es notwendig werden wird, neben den Zentralkursen in Berlin noch besondere Kurse bei den Landesverbänden abzuhalten.

### Kampmann Pressechef des nationalsozialistischen Arbeitsdienstes

DNB. Berlin, 12. Juni. Im Anschluß an die Umorganisation im Nationalsozialistischen Arbeitsdienst hat der Reichsarbeitsdienstführer, Staatssekretär Hierl, eine Pressestelle beim Reichsarbeitsführer geschaffen.  
Zum Pressechef hat der Reichsarbeitsführer den Leiter des Landesverbandes Berlin im Reichsverband der Deutschen Presse, Pg. Kampmann, ernannt.  
Pg. Kampmann ist gleichzeitig vom Reichsminister Dr. Goebbels als persönlicher Verbindungsmann zwischen dem Reichspropagandaleiter der NSDAP. und dem Reichsarbeitsführer bestellt worden.

Unberührt von dieser Neuordnung im Nationalsozialistischen Arbeitsdienst bleibt das Aufklärungs- und Presseamt in der Reichsleitung des Arbeitsdienstes unter Arbeitsführer Polizeioberst a. D. Müller-Brandenburg.

### Abonniert das „Durlacher Tageblatt“

So wandelte sich Gladys MacCatrid zum zweiten Male. Als sie aus dem Toben des Jornes, der Scham, der Erbitterung und der nachfolgenden Erschöpfung einigermassen zur Besinnung kam, war ihr erster Gedanke: „Fort!“ Nur fort von hier, ganz weit fort, wo niemand ihre Schmach gesehen, niemand von dem schändlichen Mißbrauch ihrer Liebe und ihres Vertrauens wußte. Hastig begann sie ihre Sachen zusammenzutaffen, es war nicht viel, denn sie wollten ohndies am nächsten Tage wieder zu Hause sein. Zu Hause! Gladys lagte auf — oder war es ein unterdrücktes Schluchzen? Sie hatte sich tatsächlich zu Hause gefühlt auf dem deutschen Landjoch, vielmehr als in Pittsburg, viel mehr auch als jetzt nach Großvaters Tod in La Paz. Nun würde sie wieder reisen, immer reisen, immer Neues sehen, so viel Neues sehen, daß gar keine Zeit blieb zum Denken, das durfte man nicht mehr, oder man würde langsam verrückt.  
Das Läuten des Telefons unterbrach ihr unruhiges Fantazieren. Sie zuckte zusammen, wer konnte jetzt ... ? Zögernd nahm sie den Hörer ab. „Ach verbinde mit dem Herrn Baron“, sagte das Fräulein in der Zentrale, und dann eine Stimme, eine Stimme, die Gladys mit zitternden Knien in den Sessel sinken ließ. „Am Gottes willen, Gladys, was ist denn passiert, wir suchten dich vergebens beim Halali, und Nedern und ich haben das ganze Gelände abgeritten, um nach dir Ausschau zu halten. Jetzt höre ich hier im Stall, daß „Widu“ schon seit Stunden zurück ist, was ist denn los?“  
Gladys lauschte atemlos diesem warmen Klang. Die Besorgnis war nicht gemacht, das fühlte sie trotz aller Erbitterung, trotz des wahnwitzigen Mißtrauens. Sie setzte ein paarmal zum Sprechen an, umsonst, nur ein heiserer unartikulierter Laut wurde daraus. Da kam die Stimme wieder. „Nun sag doch, hast du einen Unfall gehabt, soll ich den Arzt mitbringen, ich bin noch hier draußen im Stall; aber in einer knappen halben Stunde kann ich dort sein.“  
(Fortsetzung folgt.)